

# Der Textil-Arbeiter

## Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin O 34, Memeler Straße 8-9. Fernsprecher: Köpenicker 1006, 1076 und 1262. Die Zeitung erscheint jeden Freitag. Telegramm-Adresse: Textilarbeiter Berlin. Verbandsregister, sind an Otto Behms, Berlin O 34, Memeler Straße 8-9 (Postkassenkonto Berlin Nr. 6386), zu richten.



Bezugspreis, nur durch die Post, vierteljährlich 6 Mark. Anzeigenannahme: „Werba“, Gesellschaft für Anzeigen- und Verlagswesen m. b. H., Berlin SW 11, Köpenicker Straße 97. Anzeigenpreis: Die zehngespaltene Millimeterzelle 90 Pf. Bei größeren Abschüssen Rabatt, der nur als Kassarabatt gilt. Tel.-Adr.: „Werba-Blätter“ Berlin

Nummer 9 Berlin, den 28. Februar 1930 42. Jahrgang

### Reichswirtschaftsministerium und Baumwollzölle

Wie ein roter Faden zieht sich durch den Bericht immer die Behauptung, daß das billig produzierende Ausland die Preise drücke, während gleichzeitig auf Seite 5 gesagt wird, daß die Inlandspreise unter den Weltmarktpreisen liegen. Wie falsch dies ist, haben wir schon an der Tatsache nachgewiesen, daß die Einfuhrpreise für alle Garne nach den amtlichen Nachweisungen über den auswärtigen Handel ganz beträchtlich über unseren Ausführpreisen liegen. Wie kann das Ausland mit viel höheren Preisen die deutschen niedrigen Preise noch weiter herunterdrücken?

Zum Ueberfluß bekräftigt der Arbeitsausschuß der Baumwollspinnerverbände selbst in Nr. 296/29 der „Textilzeitung“ diese Tatsache mit den Worten:

„Die deutschen Garnpreise für die gleichen Nummern und Qualitäten sind nicht teurer, sondern ausnahmslos billiger als die englischen Baumwollgarnen.“

Immerhin muß Herr Bail zugeden, daß die Einfuhr trotz alledem ganz gewaltig abgenommen hat. Er hätte hinzuzufügen dürfen, daß aber die Einfuhr beträchtlich gestiegen ist.

Was übrigens die Frage der Sozialbelastung im Auslande anbelangt, so sei darauf verwiesen, daß in einigen der angegebenen Konkurrenzländer, nämlich in der Tschechoslowakei und Polen die Soziallasten mindestens nicht niedriger sind als in Deutschland. Aber auch in Frankreich ist bekanntlich eine neue Anwendung der Sozialgesetzgebung unmittelbar bevorstehend. Nach dem „Sozialjournal“ wird die dadurch entstehende Erhöhung der Produktionskosten in der Textilindustrie Frankreichs auf 6 bis 9 Proz. veranschlagt, die sich bis auf eine Verteuerung von 14,85 Proz. beim Verkauf an das Publikum steigern. Jedenfalls ein Beweis dafür, daß auch die darauf bezügliche Begründung, die vom Reichswirtschaftsministerium ohne weiteres als richtig unterstellt wird, unzutreffend ist.

Es ist trotz alledem erstaunlich, daß dieser Vertrauensmann des Reichswirtschaftsministeriums sich nicht die Mühe nahm, auch einmal sich ein wenig in der übrigen Welt umzusehen. Er hätte vor allem einmal gefunden, daß die deutsche Baumwollindustrie ein großes Aktivum für sich hat gegenüber allen anderen Textilländern, nämlich den Vorteil der längsten Arbeitszeit. Auch jetzt noch in dieser „katastrophalen Krise“ arbeiten z. B. in Augsburg und anderen Orten über die Hälfte der Arbeiter 51 Stunden, ein anderer Teil in Log- und Nachtschicht. In anderen Orten bis zu 57 Stunden. Und nach der These der Unternehmer ist ja lange Arbeitszeit das probateste Mittel zur Senkung der Produktionskosten. In keinem anderen Lande gibt es so lange Arbeitszeit.

Die Unternehmer vertreiben es zwar, über „Zwangslöhne“ zu zetern, aber von der „Zwangsarbeitszeit“ schweigen sie wohlweislich.

Vielleicht wäre es auch Herrn Bail bei etwas mehr Sorgfalt aufgestoßen, daß die Depression in der Baumwollindustrie sich nicht auf Deutschland beschränkt und nicht nur auf Europa, sondern die ganze Welt betrifft. Amerika und Japan nicht ausgenommen. Vielleicht hätte er sogar leben können, daß in den Ländern mit den niedrigsten Arbeitslöhnen die Lage am schlechtesten ist, siehe Lodz. In der Tschechoslowakei werden besondere Hilfsmassnahmen für die Textilarbeiter, nicht für die Unternehmer getroffen. Die Lage in Oesterreich ist schlechter als in Deutschland. Und man höre, selbst in Frankreich, im Elend herrscht die gleiche Lage. Ein Blick in die Zeitungen und Zeitschriften bekräftigt dies jeden Tag.

## ADGB. zur Arbeitslosigkeit

### Entschliebung des Bundesausschusses zur Auswirkung der Rationalisierung

Der Bundesausschuß des ADGB. nahm in seiner letzten Sitzung folgende Entschliebung an:

Die anhaltende Krise des Arbeitsmarktes, durch die zurzeit bereits rund 8 Millionen arbeitsfähige Menschen zur Untätigkeit, ohne Hoffnung auf baldige Wiedereingliederung in den Produktionsprozeß, verurteilt sind, gibt den Gewerkschaften erneut Veranlassung, Regierung und Parlament auf die stetig wachsende Notlage dieser Arbeitslosen und der gesamten Arbeiterschaft hinzuweisen. Alle Bemühungen der Gewerkschaften, auf eine planmäßige öffentliche Arbeitsbeschaffung hinzuwirken, sind nicht zuletzt infolge der verfehlten Finanz- und Anleihepolitik des Reiches, erfolglos geblieben. Das völlige Daniederliegen des Baumarktes, der Ausfall der Notstandsarbeiten, sind Ergebnisse dieser von den Gewerkschaften bekämpften Politik.

Auf der anderen Seite versucht das Unternehmertum durch Senkung der Sozialpolitik und planmäßige Berweigerung der unvermeidlichen sozialen Ausgaben, die gesamten Lasten der Arbeitslosigkeit einseitig auf die Schultern der Arbeitnehmer abzuwälzen.

#### Mit der Zerschlagung der Arbeitslosenversicherung soll der erstrebte Abbau der Löhne wirksam unterstützt werden.

In dieser Lage erneuern die Gewerkschaften mit um so größerem Nachdruck ihr Bekenntnis zur Notwendigkeit einer umfassenden Sozialpolitik, durch welche die Opfer der Wirtschaftskrise bis zum Eintritt einer Besserung der gesamten Wirtschaftslage ausreichend erhalten werden. Die ungeschränkte Aufrechterhaltung des Ausmaßes und der Lebensfähigkeit der gesamten deutschen Sozialversicherung, ist das wichtigste Gebot der Gegenwart, für dessen Erfüllung die Arbeiterschaft sich bisher schon und auch weiterhin zur Uebernahme der erforderlichen Beiträge solidarisch bereit erklärt hat. Dar-

über hinaus kann aber in Zeiten ungewöhnlicher Arbeitslosigkeit auf die Inanspruchnahme öffentlicher Mittel um so weniger verzichtet werden, als die heutige Lage der Arbeitslosenversicherung durch die Verhinderung rechtzeitiger Beitragserhöhung von den bürgerlichen Parteien bewußt herbeigeführt ist.

#### Das Reich hat die Verpflichtung, den allein auf ihrer Hände Arbeit Angewiesenen in Zeiten höchster wirtschaftlicher Not beizustehen.

Diese Verpflichtung abzuwälzen auf die aus Beiträgen aufgesammelten Rücklagen anderer Versicherungsträger weist der Bundesausschuß mit aller Entschiedenheit zurück. Weder eine Gefahrengemeinschaft, noch der darlehensweise Zugriff auf die Mittel der Invaliden- und Angestelltenversicherung kann für eine Lösung der Finanzkrise des Reiches in Frage kommen. Eine solche Abwälzung der Verpflichtung des Reiches würde nur die Leistungen und Ausgaben der Versicherungsträger in Gefahr bringen, die Verwendung der Rücklagen zur Förderung des Wohnungsbauunterbinden und damit die Arbeitslosigkeit wieder weiter steigern. Daher muß aufs schärfste jede derartige Lösung abgelehnt werden, die zugleich neue unerfüllbare Verpflichtungen und neue Bedrohungen für die Arbeitslosenversicherung schaffen würde.

Die Herabsetzung der für die Notstandsarbeiten im Reichsstatet bereitgestellten Mittel muß entschieden abgelehnt werden. Es wird im Gegenteil verlangt, daß im Reichsstatet Vorkehrungen getroffen werden, um die im letzten Jahre eingeschränkten Notstandsarbeiten entsprechend dem Umfang der Arbeitslosigkeit auszubauen.

#### Die Solidarität der Arbeiterschaft erfordert aber weiterhin auch Vermeidung jeglicher Ueberzeitarbeit,

die notwendig zur Vergrößerung der Arbeitslosigkeit beitragen muß. Alle Verbandsvorstände wie auch die Arbeiter in den Betrieben sollen daher der Ueberarbeit, die heute mehr denn je unberechtigt ist, den schärfsten Widerstand entgegensetzen.

Der Bundesausschuß bezeichnet es darüber hinaus als das aus der gesamten Entwicklung der Wirtschaft und der Technik sich notwendig ergebende Ziel, die Arbeiterschaft gegen nachteilige Folgen der Rationalisierung und Technisierung und zugleich vor den steigenden gesundheitlichen Gefahren zu schützen. Dieses Ziel muß insbesondere durch eine der erhöhten Leistungsfähigkeit des Produktionsapparates und der gesteigerten Leistung der Arbeiter entsprechende allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit erreicht werden.

#### Es ist auf die Dauer unerträglich, dass die Schlichtungsinstanzen auf die aus der Rationalisierung sich ergebende Steigerung der Arbeitsintensität in ihren Schiedsprüchen keinerlei Rücksicht nehmen,

weder durch Erhöhung der Löhne noch durch Verminderung der Arbeitszeit. Wenn sich die Rationalisierung als ein Fortschritt auswirken soll, dann ist eine andere Grundeinstellung der Schlichtungsbehörden unbedingt erforderlich.

Angeichts der Tatsache, daß sich die Rationalisierung bisher vornehmlich in einer Freisetzung von Arbeitskräften ausgewirkt hat, ohne daß durch eine entsprechende Erhöhung der Löhne und Senkung der Preise neue Kaufkraft geschaffen worden wäre, fordert der Bundesausschuß erneut eine schärfere Kontrolle der Kartelle und Monopolbetriebe und Ueberwachung der Preisgestaltung.

Auch wollen wir nicht verfehlen, das Reichswirtschaftsministerium auf die Gestaltung der Baumwollpreise aufmerksam zu machen in der Annahme, daß dort zweifellos jemand vorhanden ist, der einigermaßen die Zusammenhänge zwischen den Preisbewegungen der Rohstoffe und der Konjunktur begreift. Das Reichswirtschaftsministerium wird feststellen können, daß der Baumwollpreis im Jahre 1929 einem fast ununterbrochenen Rückgang ausgesetzt war. Während im Januar 1929 der Preis auf 21,52 Francs stand, sank er bis zum Dezember auf 13,33 und hat nunmehr einen Stand von 16,97 erreicht. Das sind kaum 40 Proz. über dem Vorkriegspreis.

Eines sei dabei noch hervorgehoben, daß die Spanne zwischen der Rotierung der Rohbaumwolle und der Rotierung für Wer Garn im Januar 1929 97 Pf. betrug, im Dezember aber 1,05 Mk., daß sich also die Lage der Baumwollspinnerei ganz erheblich gebessert hat. Deswegen hat sich auch die Spanne zwischen Baumwollgarn und Gewebe gebildet. Das alles hätte das Reichswirtschaftsministerium bei seiner Untersuchung berücksichtigen müssen.

Es ist auch irreführend zu sagen, daß die Zahl der Spindeln seit 1927 sich in Deutschland um 8 Proz. vermehrt hat. Man muß viel richtiger sagen, daß sie in der Nachkriegs-

zeit von 9,8 Millionen auf 12 Millionen, also um mehr als 20 Proz. vermehrt worden sind. Man darf aber weiter sagen, daß diese Vermehrung weitestgehend auf die Zollerhöhung von 1925 zurückzuführen ist, jedenfalls datiert sie in der Hauptsache von diesem Zeitpunkt an. Herr Bail mit seinen Buchprüfern hat aber ganz offenbar solche Feststellungen für aber unnötig gehalten. Er wäre dann allerdings von selbst darauf verfallen, daß solche unmäßigen Zollerhöhungen, wie sie damals vorgenommen wurden und jetzt wieder verlangt werden, ganz selbstverständlich die Tendenz haben, die Betriebsanlagen zu vergrößern. Wenn man dazu weilt, daß nicht nur von prominenten Baumwollunternehmern, sondern sogar im Reichswirtschaftsministerium selbst die Meinung vertreten wird, daß es in Deutschland etwa 30 Proz. zuviel Spindeln gäbe, dann kann man erst die ganze Größe des Unsinns ermessen. Der darin liegt, durch eine neue Zollerhöhung erneuten Anstoß zu einer Spindel- und Webstuhlvermehrung zu geben, um nach einigen Jahren vor derselben Situation zu stehen usw. in infinitum.

Es kommt hierbei noch hinzu, daß die Vermehrung der Spindeln allein den wahren Sachverhalt nicht darstellt, sondern daß eine weitere künstliche theoretische Vermehrung durch das inzwischen sehr stark in-

Aufnahme gekommene Schichtenystem herbeigeführt wird. Auch darüber hätte das Reichswirtschaftsministerium sehr interessante Untersuchungen anstellen können. Leider hat es dies nicht getan.

Schließlich aber sollte man im Reichswirtschaftsministerium mindestens wissen, daß man einer Depression die die ganze Welt erfährt hat, nicht mit Zellen oder Zellerhöhungen in einem einzelnen Lande begegnen kann. Wenn Zölle helfen könnten, dann hätte nicht im Jahre 1926 eine der größten Krisen begannen können, die wir bis dahin erlebt hatten und die ihren Anfang hat in dem Augenblick nahm, in dem die ungeheuer erhöhten Zölle in Kraft getreten waren. Das letztere geschah am 1. Oktober 1926, von diesem Augenblick an datiert die große Krise des Jahres 1926.

Allerdings ist der vorliegende Fall nicht der erste, bei dem das Reichswirtschaftsministerium bei einer Untersuchung zu ganz merkwürdigen Resultaten kommt. So wurde vor kurzem aus Anlaß eines Prozesses, dem ein Birkereiunternehmer gegen die Firma Schubert u. Salzer in Gommern über vom Reichswirtschaftsministerium geordnet eine Untersuchung vorgenommen. Die Firma Schubert u. Salzer hatte nämlich entsprechend einem Beschluß des Textil- und Webmaschinenverbandes ihre Cottonmaschinen

# Der Kampf um die Lastenverteilung

## Steuermathematik.

Nach wochenlangen heftigen Kämpfen ist der neue Reichsfinanzminister Dr. Moltenhauer endlich soweit, demnächst der Öffentlichkeit vorzuschlagen, wie er sich den neuen Etat und die fälligen Steuererhöhungen denkt. Moltenhauer steht in keiner angenehmen Situation. Steuererhöhungen machen nicht populär, besonders dann nicht, wenn man monatelang mit dem Gedanken einer Steuerentlastung geliebäugelt hat.

Zunächst hat Moltenhauer die Zölle für Kaffee und Tee erhöht. Die Erhöhung dürfte pro Jahr 40 bis 50 Millionen Mark ausmachen. Das ist immerhin etwas. Aber der Reichsfinanzminister hat, verglichen mit dem vorjährigen Etat, nicht weniger als 1450 Millionen Mark Mehrausgaben zu decken. Eine riesige Summe. Dafür stehen mal erst 700 Millionen Mark aus den Ersparnissen des Young-Plans zur Verfügung. Etwa 100 Millionen Mark will der Reichsfinanzminister an den Ausgaben ersparen. (Auf diese Art Sparbarkeit werden wir noch weiter unten eingehen müssen.) 150 Millionen Mark stehen der Reichskasse durch den Verkauf von Eisenbahnvorkaufsaktien zu, und zwar so, daß das Stimmrecht beim Reiche bleibt und das Reich die Möglichkeit hat, das Aktienpaket wieder zurückzukaufen. So wird die gewaltige Summe von 1450 Millionen Mark auf etwa rund 500 Millionen Mark herabgedrückt. Sie ermächtigt sich weiter um etwa 40 Millionen Mark durch die erwähnten höheren Kaffeezölle und schließlich um 185 Millionen Mark auf Grund der erhöhten Biersteuer, womit bestimmt zu rechnen ist.

Es bleiben dann aber immer noch so rund 300 Millionen Mark, für die keine Deckung vorhanden ist. Darum geht der Kampf.

## Ein kleiner Trick.

Nun muß man die ganze Steuermathematik, wie sie gegenwärtig in den Regierungszimmern und im Reichstage getrieben wird, richtig verstehen. Dazu müssen wir uns die Mehrausgaben in Höhe von 1450 Millionen Mark mal näher anschauen. Dann werden wir entdecken, daß es gar keine wirklichen Mehrausgaben sind, bzw. daß die Mehrausgaben nur für den kommenden Etat gelten. So sind die Reichszuschüsse zur Arbeitslosenversicherung in Höhe von 250 Millionen Mark aus dem außerordentlichen Etat herausgenommen und in den ordentlichen Etat eingeleitet worden. Es handelt sich also gewissermaßen um eine Umbuchung, oder, wie die Statistiker sagen, um eine Statistierung. In den 1450 Millionen Mark stehen auch Defizite aus den früheren Haushalten, also einmalige Ausgaben. Das wichtigste Stück ist aber eine Summe von 450 Millionen Mark. Das sind Anleihen, die das Reich

auf Grund einer Abmachung mit dem Reichsbankpräsidenten dringlich zu decken hat. Wenn der Reichsfinanzminister jetzt die Steuern erhöht, so hat er im nächsten Jahre, wenn die vermehrten Ausgaben wegfallen, Geld. Dann werden die Reichskassen mal wieder im Gelde schwimmen wie in der Zeit nach der Marktstabilisierung, als man die Steuerfuge überspannte. Darauf spekuliert nun Moltenhauer und mit ihm das Unternehmertum. Und darin kommt ja auch der Kampf um die Lastenverteilung zum Ausdruck.

Gewiß, Herr Moltenhauer und die Seinen wollen ja Steuern erhöhen. Aber nur die Massensteuern, die den Verbrauch treffen. Die Kalkulation geht dahin, daß man aus den Verbrauchsteuern, den Massensteuern vermehrte Einnahmen ziehen will. Hinterher, wenn die vermehrten Ausgaben wegfallen, und wenn der Reichsfinanzminister ein gefülltes Portemonnaie hat, dann kann man ja auf Kosten der breiten Massen die Besitzsteuern senken.

Der Reichsfinanzminister hat auch keinen Zweifel gelassen, daß er noch in diesem Jahr an eine Ermäßigung der Einkommensteuer denkt. Der Kampf um diese Ermäßigung wird jetzt geführt.

## Kampfsobjekte.

Wie wird dieser Kampf geführt? Wir müssen, wenn wir diese Frage beantworten wollen, erst mal die Ersparnisse Moltenhauers unter die Lupe nehmen. Während der Etat des Reichswehrministeriums aufgestockt werden soll, will man sich im Etat des Sozialministeriums, des Reichsarbeitsministeriums, mit dem roten Bleistift betätigen. So viel man erfahren konnte, sollen die Leistungen für die Wöchnerinnenfürsorge um 15 Millionen Mark verringert, also halbiert werden. Den wegfällenden Anteil des Reiches sollen die leistungsfähigen Krankenkassen, also die All-

gemeinheit, übernehmen. Weiter sind Streichungen in der produktiven Erwerbslosenfürsorge vorgelesen, und zwar will man die ganze produktive Erwerbslosenfürsorge in eine Aktiengesellschaft verwandeln, die sich mit den bei Ländern usw. ausstehenden Guthaben finanzieren sollen. Drittens plant man, die Zuschüsse aus den Zöllen für die Invalidenversicherung in Höhe von 40 Millionen Mark pro Jahr (bis etwa zum Jahre 1934 oder 1935) bis zur Hälfte zu stunden. Das wäre also eine Zwangsanleihe bei der Invalidenversicherung.

Der Hauptstoß geht aber gegen die Reichszuschüsse zur Arbeitslosenversicherung, die man auf 250 Millionen Mark festgelegt hat. Hierzu will man den Verkauf der oben erwähnten Eisenbahn-

behaltslosenversicherung, wenn sich die Situation nicht ändern sollte, 100 Millionen zu decken übrig. Wie man die Mittel aufbringen soll, darüber hat man sich gründlich den Kopf zerbrochen. Die einen schlagen vor, die in Frage kommenden 100 Millionen Mark durch Reform der Arbeitslosenversicherung zu ersparen. Reform bedeutet aber Leistungsabbau. Darüber muß man sich klar sein — und Leistungsabbau will Moltenhauer fürs erste nicht. Man will der Arbeitslosenversicherung nämlich auf Sicht beikommen.

Dahin zielt u. a. ein Vorschlag, daß die an der Arbeitslosenversicherung beteiligten Vertreter von Arbeitgebern und Arbeitnehmern sich selbst darüber schlüssig werden sollen, woher man die 100 Millionen Mark nehmen will. Da aber die Arbeitgeber keine Reigung haben, für eine Beitragserhöhung zu stimmen, schweben alle diese Vorschläge in der Luft. Es ist nichts mit ihnen anzufangen. In ihrer Halbsicht sind die Vorschläge bedenklich und gefährlich. Deshalb hat der VDB, in seiner letzten Bundesausschusssitzung schon gut getan, wenn er sich auf alle diese Fragen erst mal gar nicht einließ.

Besonders besser erscheint ein anderer Vorschlag, der zur Deckung des Defizits von 100 Millionen Mark ein Rotopfer vorseht, und zwar in der Art, daß alle, die ein Einkommen über 8000 Mark pro Jahr haben, mit einem einmaligen Beitrag zur Beseitigung des Defizits in der Arbeitslosenversicherung herangezogen werden. Ein solcher Vorschlag würde der Situation, die ein Rotopfer erheischt, durchaus entsprechen.

## Die Zeichen stehen auf Sturm.

Wir wissen im Augenblick, wo dieses geschrieben wird, nicht, was Moltenhauer tun wird. Es scheint auch so, als ob sich die Situation verschärfe, was auf die Lage am Arbeitsmarkt zurückzuführen ist. Vielleicht wird sich morgen schon herausstellen, daß die Reichszuschüsse zur Arbeitslosenversicherung, die man bisher immer mit 250 Millionen Mark annahm, in dieser Höhe nicht mehr genügen.

Es kann möglich sein, daß Moltenhauer in den nächsten Tagen vor die Dessenlichkeit tritt und mir nichts, dir nichts — die Erhöhung der Umsatzsteuer verlangt. Damit würde man die Lasten durchweg auf die breiten Massen abwälzen.

Ein solcher Schritt des Reichsfinanzministers würde den rücksichtslosesten Kampf bedeuten. Denn die Situation ist wirklich so, daß man die Lächer im Etat nicht nur durch eine Massenbelastung stopfen kann. Auch der Besitz muß dranglauben. Deshalb befürworten wir noch in letzter Stunde eine Erhöhung der Besitzsteuer.



Ausgerechnet dieser hier will uns von seiner Position aus verlästern

## Politische Wochenschau

Neue Kriegergefahr im Reich. — Am den Ausbau der deutschen Flotte. — Start der sächsischen Regierung. — Der Gesandte Adolf Köster gestorben. — Die Ermordung Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts vor Gericht. — Rücktritt des Kabinetts Lardner.

Die politischen Verhältnisse im Reich scheinen wieder einmal zu einer Krise zu führen. Der Reichsfinanzminister Moltenhauer hat jetzt seinen Etat für das Jahr 1930 vorgelegt, der in wichtigen Einzelheiten für die Sozialdemokratie unannehmbar ist. So sollen u. a. die Ausgaben für die Wochenhülfe herabgesetzt werden von 29 Millionen auf 15 Millionen Mark. Die Förderung der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften, zur Deckung des Fehlbetrags in der Arbeitslosenversicherung ein Rotopfer von allen höheren Einkommen zu erheben und die hohen Pensionen zu kürzen, stößt auf den Widerstand der bürgerlichen Parteien. Diese wollen nicht nur die Massensteuern steigern, sondern darüber hinaus jetzt schon bindende Reichskasse zur Senkung der Besitzsteuern im nächsten Jahre herbeiführen. Das alles soll noch vor der Herabsetzung der Young-Geleise durchgeführt werden. Da die Sozialdemokratie dieser Pläne der bürgerlichen Parteien den schärfsten Widerstand entgegensetzt, so ist mit der Möglichkeit einer neuen Regierungskrise zu rechnen.

vorkaufsaktien in Höhe von 150 Millionen Mark verwenden. Käufer sollen die Angestellten- und Invalidenversicherung sein. Das wäre die zweite Zwangsanleihe. Man muß wohl damit rechnen, daß dieser Plan irgendwie verwirklicht wird.

Dann bleiben immer noch für die Ar-

Ein anderer Punkt, über den zwischen Sozialdemokratie und bürgerlichen Parteien keine Einigung möglich ist, betrifft die Forderung des Reichswehrministeriums nach weiterem Ausbau der deutschen Flotte. Das Reichskabinett hat es zwar abgelehnt, eine „Anerkennungsrunde“ für den Bau des Panzerkreuzers B in den Etat einzustellen, es will aber im nächsten Jahr ein Marinebauprogramm auf lange Sicht vorlegen, in dem auch der Ersatz der alten Linienkrieger geregelt werden soll. Das bedeutet nichts anderes, als daß dem viel umstrittenen Panzerkreuzer A noch eine Serie anderer Panzerkreuzer folgen soll, entsprechend der Zahl der älteren Linienkrieger. Die bürgerliche Mehrheit des Kabinetts bekräftigt sich darauf, daß der Reichstag im vorigen Jahre auf demokratischen Antrag einen Beschluß gefaßt habe, wonach ein solches Bauprogramm vorgelegt werden solle. Dieser Beschluß war aber wie so viele ähnlicher Art längst in Vergessenheit geraten, und wenn er jetzt wieder hervorgeholt wird, noch dazu in einer Zeit, wo der Reichsfinanzminister Moltenhauer an den Ausgaben für soziale Zwecke sparen will, so bedeutet das die Herabsetzung einer neuen Kriegergefahr. Die Sozialdemokratie hat den Bau des Panzerkreuzers A abgelehnt, sie wird auch den Versuch, künftig ein ganzes Flottenbauprogramm durchzuführen, aufs entschiedenste bekämpfen.

Das sächsische Kabinett Büniger ist durch ein von der Nationalsozialisten eingetragenes Wählerversuchung gestürzt worden. Dieses Kabinett setzte sich aus allen bürgerlichen Parteien, von den Demokraten

bis zu den Deutschnationalen, zusammen, unter Duldung der Nationalsozialisten. Da aber die sächsische Regierung im Reichsrat für die Annahme der Young-Geleise gestimmt hatte, so lagten ihr die Haltenkreuzer die Freundenschaft auf. Die sozialdemokratische Landtagsfraktion hat für das Wählerversuchung gestimmt, weil sie keine Veranlassung hatte, die Regierung des Bürgerblocks am Leben zu erhalten. Wie die neue Regierung aussehen wird, ist noch nicht zu erkennen. Die sächsische Sozialdemokratie, die die weitest- und stärkste Partei im Lande bildet, wird jedenfalls nicht länger zusehen, wie das vorwiegend proletarische Sachsen lediglich von den Parteien der besitzenden Klassen regiert und wie dabei der Einfluß der Arbeiterklasse ausgeschaltet wird. Sie wird wahrscheinlich in Verhandlungen über die Bildung einer Koalitionsregierung eintreten, bei der die Sozialdemokratie die Führung übernehmen muß.

In Belgrad ist an den Folgen einer Blinddarmerkrankung der deutsche Gesandte in Südserbien, Adolf Köster, gestorben. Köster gehörte schon vor dem Kriege der Sozialdemokratischen Partei an, eine Zeitsung war er Redakteur der „Schwäbischen Tagwacht“ in Stuttgart; während des Krieges wurde er Berichtserstatter für die deutsche Arbeiterpresse. Nach der Revolution trat er in die Reichsverwaltung ein; er war zuerst Reichskommissar bei der Abfindung in Schleswig, nach dem Kapp-Putsch übernahm er für kurze Zeit das Reichsministerium des Auswärtigen, Oktober 1921 das Innenministerium. Seit

nach verschiedenen Ländern um 30 Prozent billiger verkauft als im deutschen Inlande. Die hierbei vom Reichswirtschaftsministerium vorgenommene Prüfung der Bücher führte zu dem verblüffenden Resultat, daß bei diesen Maschinen die jetzigen Inlandspreise nicht einmal eine angemessene Verzinsung ergaben. Dabei verkaufte, wie gesagt, die Firma die Maschinen nach dem Ausland um 30 Prozent billiger. Die Ergebnisse gerade dieser Firma aber zeigen, daß sie tatsächlich nicht mehr so wie mit der Heberichsaffen hin soll. Sie verreckte laufend seit 1924 eine Dividende von 10, 12, 15, 16, 16 Proz. Ihre Kurse sind mit die höchsten überhaupt und höherlich die höchsten von Maschinenfabriken. Trotzdem aber kam, wie gesagt, das Reichswirtschaftsministerium zu dem Ergebnis, daß die Preise keine Verzinsung ergaben. Danach braucht man sich wirklich nicht zu wundern, wenn es auch zu dem bekannten Ergebnis bei seiner Untersuchung der Baumwollindustrie kommt.

Nun, das Reichswirtschaftsministerium unter dem Herrn Curtius war sicherlich nicht zu bezweifeln, als es sich von den Maschinen der Baumwollindustrie bewegen ließ, diese „Unternehmung“ vorzunehmen, und der mit der Untersuchung beauftragte war ebenfalls höchlich verwundert, als er diesen Bericht erstattete mit der Schlussfolgerung: Die Zölle müssen erhöht werden. Am schlechtesten aber wurde Argentinien insofern als Reichsland bezeichnet, wenn man, was wir für unmöglich halten, sich herbeilassen, auf Grund eines solchen Berichts die ungeheuren Zölle für die Textilindustrie zu befrachten.

E. K.

Revolutionäre Phrasen und unterwürfige Gesinnung sind den Interessen der Arbeiterschaft abträglich! Wählt deshalb nur freigewerkschaftlich organisierte Arbeiter zu Kandidaten für die Betriebsratswahlen!

# Entschloßung zur Finanzlage

Der Bundesauschuß des ADGB steht in der Neuregelung der Reparationsfrage durch das Haager Abkommen einen weiteren entscheidenden Schritt auf dem Wege der Befreiung der besetzten deutschen Gebiete, der Entspannung der internationalen politischen Atmosphäre, der dringlich erforderlichen Besserung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Völkern.

Die Erleichterung der Reparationslast, die der „Neue Plan“ für Deutschland bringt, bedeutet eine gegenüber dem Dawes-Plan nicht unwesentliche Entlastung des deutschen Volkes. Diese Entlastung kann jedoch vorerst nicht, wie es wünschenswert gewesen wäre, in einer allgemeinen Steuerermäßigung zum Ausdruck gelangen. Sie muß zunächst Verwendung finden zur Gesundung und Neuordnung der Reichsfinanzen.

Die gegenwärtige Notlage der Reichsfinanzen erfordert darüber hinaus noch die Erschließung neuer, außergewöhnlicher Einnahmequellen. Ohne Gesundung der Reichsfinanzen, der Herstellung des Gleichgewichts von Einnahmen und Ausgaben, kann Deutschland nicht die ihm gestellten wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben erfüllen.

Der Bundesauschuß des ADGB erhebt Protest gegen die immer wiederkehrenden Versuche sozialfeindlicher Kreise, unter Berufung auf die gegenwärtige Finanznot des Reiches den Staat von seinen sozialen Verpflichtungen zu entbinden und damit die sozialen Einrichtungen zu verkrüppeln.

Er verwahrt sich ferner gegen alle Versuche, durch Maßnahmen irgendwelcher Art, sei es auf sozialer oder steuerlichem Gebiete, eine Verschiebung der Lastenverteilung zu Ungunsten der minderbemittelten Bevölkerung herbeizuführen.

Zur Behebung der gegenwärtigen Finanznot des Reiches wie zur Sicherstellung der Mittel für seine sozialen Verpflichtungen soll ein prozentual feststehender Anteil als Abkoppler aller Steuerpflichtigen aus Besitz und Einkommen erhoben werden.

Der Abschluß der Reparationsverhandlungen hat Klarheit geschaffen über Deutschlands finanzielle Verpflichtungen gegenüber seinen Gläubigern. Damit ist die Zeit gekommen für einen planmäßigen Ausbau des deutschen Finanzsystems. Die Regelung des Finanzausgleichs zwischen Reich, Ländern und Gemeinden, die Vereinfachung des Verwaltungsapparates mit dem Ziele der Schaffung des Einheitsstaates, die erforderlichen Umbauten des Steuerwesens sollten nunmehr unverzüglich in Angriff genommen werden. Die Lösung dieser Aufgaben muß so erfolgen, daß der Staat die Möglichkeit erhält, seine sozialen Aufgaben, entsprechend seiner steigenden Bedeutung im Leben der Nation, jederzeit zu erfüllen.

1922 war er als deutscher Gesandter in Argentinien tätig, seit März 1928 in Belgien. Er hat auf allen diesen Posten wertvolle Arbeit für die deutsche Republik geleistet. Es war beabsichtigt, ihn auf den Posten eines Botschafters in London zu berufen, wo er durch die Verbindung mit der an der Spitze der Regierung stehenden englischen Arbeiterpartei wahrscheinlich eine sehr erfrischende Tätigkeit auch für die internationale Arbeiterklasse entfalten haben würde. Sein Tod hat diese Absicht zunächst gemacht.

Die Vorgänge bei der Ermordung Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts sind erneut in einer längeren Verhandlung vor einer Berliner Straßengericht erörtert worden. Die Zeitschrift „Das Tagebuch“ hatte in einem Artikel behauptet, daß der damalige Untersuchungsrichter und jetzige Reichsanwalt Sorus die Untersuchung gegen die Mörder versucht und verwickelt, und den Tätern dadurch Vorstrafe geleistet habe. Vor dem Schöffengericht war der belagerte Redakteur freigesprochen worden; die zweite Instanz hat ihn zwar wegen formaler Belehdigung zu 100 Mark Geldstrafe verurteilt, aber in der Urteilsbegründung anerkannt, daß die Wahrheit der Beschuldigungen gegen Sorus erwiesen worden seien.

In Frankreich ist das Kabinett Lardieu zurückgetreten, nachdem von der Kammer die Vertrauensfrage mit 261 gegen 286 Stimmen verneint worden war. Der Anlaß zu dem Sturz der Regierung gab die Regelung der Finanzen, über die man sich, wie bei uns, nicht einigen konnte.

# 5. Bundesausschußsitzung des ADGB.

## Finanz- und Steuerfragen als Tagesordnungspunkt

Am 17. Februar trat der Bundesauschuß zu seiner fünften Sitzung im Angeltourhaus zusammen.

Der zweite Vorsitzende des ADGB, Peter Grafmann, berichtete zu Beginn der Sitzung über das Befinden des Parteivorstandes. Die Sitzung des Obersten Parteivorstandes schreitet stetig, wenn auch langsam fort.

Zum ersten Punkt der Tagesordnung: Finanz- und Steuerfragen, sprach der Vertreter der Wirtschaftspolitischen Abteilung des Bundesvorstandes, Dr. Hans Krons.

Im Augenblick der Unterzeichnung des Young-Planes, im Juli vorigen Jahres, legte eine lebhafteste Kampagne für ein Steuerreformprogramm ein. Im Mittelpunkt der Diskussion stand die Frage der Steuerentlastungen.

Im Dezember machte auch der Reichsverband der Deutschen Industrie wichtige Vorschläge. Die Gewerkschaften standen dagegen auf dem Standpunkt: erst Ordnung der Reichsfinanzen, dann Senkung der Steuern.

Es zeigte sich, daß von den Erparnissen des Young-Planes mehr und mehr für den Ausgleich des Haushalts verwendet werden müßte, ja, daß sie nicht einmal zu diesem Zweck ausreichen.

Die Hauptfrage ist: wie ist die Balancierung des Etats zu erreichen? Es bleibt nur die Möglichkeit: Steuererhöhungen. — Die Gewerkschaften können sich bei ihrer Stellungnahme zu diesen Fragen auf die Vorschläge ihrer eigenen Steuerkommission stützen, die schon Jahre zurückliegen. Eine progressive Einkommen- und Besitzsteuer ist daher die ideale Steuerreform, aber ihre Erträge genügen nicht. Der Steuerbedarf hat sich gegenüber der Vorkriegszeit von 18 auf 24 Prozent des Volkseinkommens vermehrt.

Man könnte nun einfach an eine Erhöhung der Lasten denken. Aber man darf die Steuerlast nicht so stark anheben, daß die Steuerhinterziehung lahmend wird. Man kann die Einkommen- und Besitzsteuer nicht dauernd verschärfen — das hindert freilich nicht ein einmaliges Rotopfer — noch kann man unter den heutigen Verhältnissen die steuerfreie Grenze herabsetzen.

Insgesamt erklärte Dr. Krons, daß grundsätzlich alle Steuern unter dem Gesichtspunkt der Leistungsfähigkeit der Bereinigten bzw. Automatisierung der Quellensteuer und endlich in allen Fällen unter dem Gesichtspunkt der Wohlhabendheit zu prüfen seien. Auch die Gewerkschaften würden in Betracht der wirtschaftlichen Lage für eine Senkung der Steuer einreten, wenn der Stand der Reichsfinanzen eine solche Steuerpolitik auch nur im geringsten erlaubte.

Die angesprochene Lage erfordert aber ein beharrliches Rotopfer, auch von den Arbeitern. Das ist weniger kommt ein Steuererleichter für andere Schichten in Betracht. Die Industrie muß ihre Sonderbelastung weiter tragen. Die Landwirtschaft kann die sehr langen geforderte Uebernahme der Rentenbankbelastung durch das Reich nicht erheben.

Die grundsätzlichen Erörterungen von Dr. Krons wurden durch den Vorstehenden Grafmann wiederholt durch einen Bericht über die inter-

fraktionellen Verhandlungen, die in den letzten Monaten über den Young-Plan und das Finanzprogramm stattgefunden haben. Es sind bekanntlich eine Reihe von Vorschlägen zur Erörterung gestellt worden. Der Redner erinnerte an den Gedanken, die Angestellten aus der Arbeitslosenversicherung herauszunehmen. Er erörtere die Beweggründe, aus denen die Unternehmer und die ihnen nahestehenden Parteien gerade für diese Maßnahme sich einsetzten, und besprach die Wirkungen, die die Bildung von Sonderklassen haben würde.

Bekanntlich denkt man auch daran, die in der Landwirtschaft Tätigen aus der Versicherung auszuschließen. Selbstverständlich vergleicht man auch noch nicht auf den Plan, eine weitgehende Sonderregelung für die saisonalen Berufsbeschäftigten und denkt dabei an eine Kombination von Versicherung und Zwangsbeitrag. Diese Voraussetzungen sind schon im Vorjahr, in drei Werten, eine „Reform“ der Arbeitslosenversicherung, die einer Zerspaltung gleichkäme.

Im Anschluß an diese Ausführungen nahm der Vertreter der Sozialpolitischen Abteilung des Bundesvorstandes, Franz Spilke, das Wort. Der Angriff auf die Arbeitslosenversicherung gilt ja nicht nur ihr, er gilt der Sozialversicherung überhaupt. Die Arbeitslosenversicherung ist nur als der jüngste Zweig der Sozialversicherung, und nicht zuletzt aus dem Grunde, daß gerade sie einer willkürlichen Lohnpolitik der Unternehmer Grenzen zieht, das „vollständigste“ Angriffsziel. Man will ihre „Reform“.

Man unterschätzt, was bereits durch die jüngste gesetzliche Reform zuwege gebracht worden ist. Der Kreis der Versicherten ist erheblich eingengt worden. Vorgelesen ist schon im Gesetz die veränderte Unterstützungsgewährung an die unfähigen Beschäftigten und an die Heimarbeitler. Die neue Regelung des Begriffs „Arbeitslosigkeit“ bedeutet gleichfalls eine erhebliche Einschränkung des Unterstützungskreises, ebenso die teilweise Verdoppelung der Anwartschaftszeit. Das gleiche gilt vom Ausschluß zahlreicher Kleinrentner aus der Unterstützung. Auch die Regelung für die Saisonarbeiter und für Rentenbesitzer bedeuten weitgehende Erparnisse. Tatsächlich erscheint die bisherige Reform vielfach als eine unerträgliche Härte.

Die Ursachen der Finanznotwendigkeit der Reichsanstalt sind nicht Mängel in der Versicherung, sondern die Krise des Arbeitsmarktes. Das muß mit größtem Nachdruck festgehalten werden. Was man will, ist nicht die Reform der Arbeitslosenversicherung, sondern ihre Aufspaltung und die Senkung der Versicherungsleistungen. Dahin zielen auch Vorschläge, wie die Anstellung der Versicherung nach Berufsgruppen, besonders die Trennung von Arbeitern und Angestellten. In diesem Vorschlag sind die Unternehmer interessiert, aber auch die händlerischen Angestelltenorganisationen.

Der Gedanke der Selbstversicherung aller Versicherungsträger erscheint sehr planlos, aber er ist geradezu unheilvoll.

Wir haben eine Erhöhung der Beiträge von 2% auf 4% vorgeschlagen. Hätten wir diese Erhöhung schon unmittelbar nach Inkrafttreten des Gesetzes, schon 1927 durchgeführt, so würde die Reichsanstalt in keine nennenswerten Schwierigkeiten geraten sein. Will man aber diese Erhöhung nicht bewilligen, so muß es dabei sein Bemenden haben, daß das Reich der Schuldner bleibt.

Besser vom Bundesvorstand sprach dann als letzter Redner in der Vormittagsitzung über die schwere Belastung der Invalidenversicherung. Das Reich, sagte er, erklärte im vergangenen Jahre während der Young-Planverhandlung einen Ausbau der Rentenbeiträge für ausgeschlossen. Später verlangte das Reich von der Invalidenversicherung erhebliche Mittel in Form einer Zwangsanleihe. Statt eines Ausbaues der Invalidenversicherung wurden also Ansprüche an sie gestellt, die sie schwer belasteten.

Die Zahl der Renten steigt fortgesetzt, noch stärker aber steigt die Belastung aus diesen Renten. 1924 hatten wir etwas über zwei Millionen Renten, 1928 waren sie auf über 2,9 Millionen angewachsen. 1924 betrug die Belastung aus den Renten 350 Millionen, 1928 war sie auf 982 Millionen, also fast auf eine Milliarde angewachsen. Aus den Beiträgen wurden 1924 gezahlt: 250 Millionen; 1928 über 660 Millionen. Aus Reichsmitteln wurden zu diesen Renten gezahlt vor dem Kriege 58, 1924: 95, 1928: 195 Millionen Mark (Reichszuschüsse zum Grundbeitrag). Dazu kamen seit 1927 Reichsbeiträge, d. h. die Aufwertung der alten Beiträge aus Reichsmitteln; im Jahre 1927 25 Millionen Mark; 1928: 125 Millionen; 1929: 186 Millionen. Die letzteren Beträge wurden in Höhe von 164 Millionen Reichsmark in Papieren gegeben, die erst 1936 einlösbar sind. Diese Beträge mußten aber von der Invalidenversicherung an die Versicherten in bar gezahlt werden. Was das zu bedeuten hat, ergibt sich aus den Versicherungsbilanzen. Die Beitragseinnahmen waren im Jahre 1929, auch im Zusammenhang mit der Arbeitslosigkeit, sehr viel geringer als geschätzt worden war. Der erwartete Ueberschuß von 325 Millionen ist tatsächlich auf 110 Millionen im laufenden Jahre reduziert worden. Die Belastung der Invalidenversicherung ist, und zwar durch Aufwertung von Renten, um 80 Millionen gewachsen. Diese Belastung ist eine dauernde. Wie weit kann sie abgedeckt werden? Die Frage ist bis heute noch nicht Gesetz geworden.

Der erwartete Ueberschuß von 325 Millionen ist tatsächlich auf 110 Millionen im laufenden Jahre reduziert worden. Die Belastung der Invalidenversicherung ist, und zwar durch Aufwertung von Renten, um 80 Millionen gewachsen. Diese Belastung ist eine dauernde. Wie weit kann sie abgedeckt werden? Die Frage ist bis heute noch nicht Gesetz geworden.

Der erwartete Ueberschuß von 325 Millionen ist tatsächlich auf 110 Millionen im laufenden Jahre reduziert worden. Die Belastung der Invalidenversicherung ist, und zwar durch Aufwertung von Renten, um 80 Millionen gewachsen. Diese Belastung ist eine dauernde. Wie weit kann sie abgedeckt werden? Die Frage ist bis heute noch nicht Gesetz geworden.

Vom Standpunkt der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion wurde geltend gemacht, daß die politische Entwicklung der letzten zwei Jahre zwangsläufig gewesen ist. Die Verschlechterung des Arbeitsmarktes und der öffentlichen Finanzen hat Partei und Gewerkschaften gleichmäßig an der Entfaltung ihrer Kräfte gehindert. Die Fraktion hat rechtzeitig auf den Irrtum, daß die Finanzlage des Reiches Steuerermäßigungen gestatte, hingewiesen. Bei der Beurteilung der gegenwärtig zu lösenden finanzpolitischen Aufgaben muß von der Lastenverteilung ausgegangen werden, daß zur Sanierung des Haushaltes ein Betrag von 700 Millionen Reichsmark erforderlich ist. Partei wie Gewerkschaften müssen sich auf den Standpunkt stellen, daß die Sanierung unter allen Umständen stattfinden muß. Eine ideale Lösung wird es nicht geben. Erforderlich ist jedoch unbedingt die absolute Sicherung der sozialpolitischen Verpflichtungen des Reiches. Die verschiedenen Pläne, die diesen Zweck erreichen wollen, ohne auf Steuermittel zurückzugreifen, sind eine Bedrohung der Arbeitslosenversicherung. Welcher Weg auch immer beschritten werde — die Verpflichtung des Reiches zur Deckung des Defizits des Reichshaushaltes muß bestehen bleiben. Darum müssen Garantien geschaffen werden, daß jeder Verlust, der durch diese Maßnahmen für den Bestand der Kapitalien eintritt, ausgeglichen werde durch eine Behebung der Kapitaleinfuhr. Im übrigen bleibt die Lastenverteilung bestehen, daß 700 Millionen Mark durch neue Steuern aufgebracht werden müssen. Der Gedanke eines Rotopfers als Zulag zur Einkommensteuer sei erwägenswert, jedoch werde sich nicht der volle Betrag von 250 Millionen Mark einbringen lassen.

Als im vorigen Jahr Gewerkschaften und Partei Widerstand leisteten gegen den Ansturm auf die Arbeitslosenversicherung, da war es doch — so wurde in der Diskussion weiter ausgeführt — möglich, die gefährlichen Anschläge der Gegner abzuwehren. Diese Lehre darf in der gegenwärtigen Lage nicht vergessen werden. Auch jetzt wird es gelingen, durch die Einmütigkeit der Arbeiterbewegung die Feinde der Sozialversicherung in ihre Schranken zu verweisen.

## Zur Betriebsrätewahl



### Parolenangabe im K.-L.-Haus, Berlin

„... Sofort die ganze Partei (Arbeiter) auf politische Forderung bei den Betriebsräte-wahlen einstellen!“  
„In Betrieb Gewerkschaften“



### ... und der Erfolg

„Kai herrschen — — —“  
„Ne, mein lieber Rotenfrüchtling, eure Lippen kennen wir. Der denkende Arbeiter kommt nur für die Lüge der freien Gewerkschaft!“

Verbandsmitglieder dürfen unter Beachtung der Verbandstagsbeschlüsse nur auf der Vorschlagsliste des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes oder anderen freigewerkschaftlichen Listen kandidieren!



Aus unserer Arbeiterinnenbewegung

Frauenabend in Brandenburg (Havel)

Unser Frauenabend, der am 1. Februar hier stattfand, nahm einen glänzenden Verlauf, und wenn die an diesem Abend von den Anwesenden gemachten Versprechungen gehalten werden, so wird der Organisation ein Nutzen daraus entstehen.

Vortragsabend in Greiz

Am Montag, dem 13. Januar, sprach in Greiz und am darauffolgenden Tage in Elsterberg die Kollegin Sidenderlein vor den zahlreich anwesenden Textilarbeiterinnen.

An der Grenze wurden wir aber aus dem Schlaf gerissen, sollten wir doch erfahren, daß wir in „Rustanien“ sind. Es wurde Razzia auf politische Zeitungen und Bücher vorgenommen.

Hatten wir das Fahren immerhin reichlich „Arde“, so waren wir doch sehr erstaunt, als es plötzlich hieß: „Den Zug verlassen“ und wir in dem Ort unserer Ankunft ein gelindes Grauen bekamen.

Grados Bevölkerung, rund 6000, ernährt sich vom Fremdenverkehr und Fischfang. Und so kann man auch in diesem kleinen Ort recht viel Elend antreffen.

Der Grado besucht, wird aber auch nicht verfaulen, Trich, die Welsberger Grötte und Benedigo zu besuchen. Wer könnte sich wohl jener durch die Schule und Literatur in uns erweckten Neugier entziehen.

Arbeiterinnen und Betriebsratswahlen

Im März finden alljährlich die Betriebsratswahlen statt. Die organisierte Arbeiterschaft hält diese Wahlen für sehr wichtig und mit Recht! Denn ein guter Wahlausfall bringt der Belegschaft eines Betriebes das Mitbestimmungsrecht über die Lohn- und Arbeitsbedingungen wenigstens bis zu einem gewissen Grade.

Das seit Jahrhunderten anerzogene Minderwertigkeitsgefühl läßt sich nur langsam überwinden. Es ist jedoch schon manches besser geworden.

Diese Tatsachen treffen besonders die Betriebe, welche vorwiegend weibliche Belegschaft haben.

Leider sind sich die Arbeiterinnen zum Teil noch nicht des hohen Wertes ihrer Arbeitsleistung voll bewußt.

Die denkende Arbeiterin sieht diese Entwicklung und versucht, sich mit ihr auseinanderzusetzen. Die stetig steigenden Zahlen der weiblichen Mitglieder in den Gewerkschaften beweisen das.

Schon bei der Regelung und Einteilung der Arbeitszeit und der Pausen zeigt sich das. Hier kann die Frau den Bedürfnissen der Kolleginnen, die einen eigenen Haushalt und vielleicht auch noch Kinder zu versorgen haben, entgegenkommen.

Um aber alle diese Arbeiten einer tüchtigen Betriebsvertretung zu ermöglichen ist es in erster Linie notwendig daß sich alle Arbeiterinnen an den Betriebsratswahlen beteiligen.

Werden Versammlungen zur Aufstellung der Kandidatenlisten einberufen, so muß es jede Kollegin möglich machen, daran teilzunehmen. Hier darf es keine Entschuldigung geben, denn nur wenn die Frauen sich für ihre eigene Sache einsetzen, werden sie Erfolg haben.

Gezielte Arbeiterinnen sollen sich auch gerne bereitfinden, das Ehrenamt als Betriebsrat zu übernehmen. Mit etwas gutem Willen macht man sich schnell mit den gesetzlichen Bestimmungen vertraut.

Aber auch am Wahltag muß die Arbeiterin für ihre eigene Sache tätig sein. Sie soll nicht nur selbst die von ihrer Organisation aufgestellte Liste wählen, sondern auch kühnliche Mitarbeiterinnen auffären und zur Ausübung ihres Wahlrechts anhalten.

Hat die Arbeiterin so ihre Pflicht getan, dann wird der Erfolg nicht ausbleiben. Die Praxis lehrt doch täglich, daß in den Betrieben die besten Lohn- und Arbeitsbedingungen vorhanden sind, wo die Betriebsvertretungen, gestützt auf die gut organisierte Belegschaft ihren gesetzlichen Aufgaben gerecht werden können.

und gab mit ihren Darbietungen ein gut abgerundetes Bild.

Nachdem noch beschlossen war, auch in diesem Jahre einen Ausflug zu unternehmen, trat man dem Vorschlag der Frauennormen, der eine Fahrt nach Leipzig Ende Mai oder Anfang Juni vorsteht, bei.

Die Veranstaltungen waren von 180 Frauen besucht und verliefen in der üblichen harmonischen Weise. Möge auch diese Veranstaltung mit Ansporn sein, für den Deutschen Textilarbeiterverband zu wirken.

EINE TAPFERE FRAU KOLLEGIN MARTHA HOPPE 70 JAHRE

Eine tapfere Frau feiert am 28. Februar 1930 ihren 70. Geburtstag. Kollegin Martha Hoppe, die ehemalige Leiterin des Arbeiterinnenkretzes beim Hauptvorstand unseres Verbandes, hat dieses hohe Alter erreicht.

notwendig waren, um die Aufklärung in den Reihen der Textilarbeiterinnen erfolgreich zu betreiben. Am 1. Januar 1908 wurde sie angestellt. Sie blieb im Januar 1928 infolge Pensionierung aus dem Verbandsdienst aus.



Als Tochter eines Schneidemeisters in Berlin geboren, erlernte sie einige Jahre nach der Schulabschluss die Kürbelschneiderei, die sie als Heimarbeiterin betrieb und wobei sie auch die Not und das Elend der Heimarbeiterinnen zur Genüge kennenlernte.

Besten Vorstandsmitglied bei war. Nach der im Jahre 1904 erfolgten Verschmelzung mit dem Deutschen Textilarbeiterverband wurde sie von der Ortsverwaltung Berlin als Beisitzerin in den Zentralvorstand entsandt.

In den Jahren ihrer Tätigkeit hat Kollegin Hoppe bewiesen, daß sie des Vertrauens, das man bei ihrer Anstellung in sie setzte, würdig war. Wohl selten hat es eine Frau bisher verstanden, unter den ungünstigsten Umständen wirkend, so erfolgreich zu sein wie Martha Hoppe.

haben ihr alle Widerstände, die sich ihren Bestrebungen entgegenstellten, zu überwinden. Unverwundbar ging Martha Hoppe von jeder gerade aus ihres Weges, dem gesteckten Ziele zustrebend.

An ihrem 70. Geburtstage gedenkt deshalb die Textilarbeiterchaft ihrer, dankt ihr für ihre aufopfernde, dem Wohle der Schaffenden dienende Tätigkeit und erwidert ihr herzlichste Glückwünsche. Möge es der Kollegin Hoppe, die noch heute mit größtem Interesse die Geschäfte innerhalb der Textilarbeiterbewegung verfolgt, vergönnt sein, noch recht viele Jahre in körperlicher und geistiger Frische zu verleben.

geragt, auch unser Wissensdurst. Und bald fanden wir, daß Benedigo auch schlechte Häuser, schmutzige, im Schatten liegende Kanäle hat, die einem durch üblen Geruch die Romantik betäuschlich zerstören.

Von Grado aus besuchten wir noch jenes zauberhaft schöne Schloß Miramare. Ein Bestyrum des Kaisers von Mexiko, dient es jetzt als Museum.

Endlich kam auch die Zeit heran, um das allabendlich durch seine Lichter und durch den Schein von hochhohen grüßende Trieste zu besuchen. Hier fanden wir eine Hafenstadt mit all ihrem Hasten und Lärmen und buntem Völkergemisch. Doch nicht lange konnten wir das lebhafte Treiben auf den Straßen beobachten; hinauf ging es per Auto in den Karst, um die weltberühmten Welsberger Grötte zu besichtigen.

Eine kurze Rast am Postplatz, der einzigen unterirdischen Post der Welt, reicht dazu aus, um auch von hier aus Grüße nach Greiz zu senden.

Der Dampfer brachte uns nun bei stürmischer Fahrt wieder zurück auf die Insel Grado. Doch galt es nunmehr den Blick heimwärts zu wenden, zu pöden und abzureisen. Becht fiel dies nicht, denn dieses Stückchen Erde hatten wir recht lieb gewonnen und ob uns niemals wieder das Leben dorthin verschlagen würde, war doch sehr unwahrscheinlich. Ob wir aber wollen oder nicht, der Zug steht zur Abfahrt bereit und entführt uns diesen Träumereien. Weit hob er aus, dem es geht dem Gebirge zu, an Salzberg vorbei nach Prag zurück.

Einen Tag verbringen wir in der Metropole der Tschechoslowakei, Prag, an der Moldau gelegen, ist eine schöne Stadt. Reich an historischen Gebäuden, kann man dort die verschiedensten geschichtlichen Epochen feststellen. Wie die je-

weiligen Herrscher dieser Stadt ein bestimmtes Gepräge gaben, so versuchen es auch die derzeitigen einflußreichen Kreise. Die Provinzstadt des alten Oesterreich soll repräsentativ als Hauptstadt der Tschechen und Slowenen wirken. Aber auch industriell sucht dieses Land nach größerer Betätigung, und so zeigt das jetzige Prag schon riesige Handels- und Messehäuser. Überall kann man denselben Gewinn- und Profitgier der kapitalistischen Systems feststellen. Das Streben nach Gold ist geblieben, nur die Mittel zur Erlangung desselben haben sich geändert.

Die so ergebnisreiche Ferienfahrt ergibt noch einen recht interessanten Beitrag auf der Heimfahrt. Unter den Coupépassagen ab Prag befand sich auch eine alte bürgerliche Dame, die sich rühmte, fast die ganze Welt gesehen zu haben. Sie war in Spanien, Frankreich, der Schweiz, in verschiedenen Balkanstaaten und Italien gewesen und beklagt sich, daß das Reisen gar nicht mehr schön sei, denn zu viele Arbeiter reisten jetzt auch und es wäre doch besser wenn diese an ihrer Arbeit blieben. Wohl hätten wir gern den Kampf mit dieser veralteten absterbenden Welt aufgenommen, zogen es aber lieber vor, auf die Art einen Einblick in die Gedankenwelt des Bürgertums zu gewinnen. Und gerade die Einstellung dieser Kreise dem Ferienverlangen der Arbeiterschaft gegenüber zeigte, daß wir auf dem richtigen Wege sind. Wandern und Reisen, weit und breit den Blick und reist an zum Denken.

Starker Beifall betohnte dieses vorzügliche Referat. Auch die Lichtbilder fanden gute Aufnahme.

Die Rustigruppe der Greizer „Naturfreunde“ hatte sich bereitwillig zur Verfügung gestellt





# Die Baumwollstreichgarnspinnerei

Wir haben uns in der letzten Abhandlung mit den hauptsächlichsten Bewegungen des Baumwollstreichgarn-Selfactors beschäftigt, die wir uns in ihren Mechanismen heute etwas genauer ansehen wollen. Wir müssen zunächst unterscheiden zwischen den Hauptbewegungen, die also viel Kraft brauchen, — z. B. die Spindelbewegung muß anfänglich gering sein, dann wird sie gesteigert, um wieder zum Stillstand zu kommen —, dann aber auch müssen wir unterscheiden zwischen

bewegung nicht gleichförmig, sondern anfänglich langsam und dann rasch. Wir müssen also, um diese verschiedenen Spindelschwingigkeiten herauszuholen zu können, zwei verschiedene Ueberlegungen auf der Hauptwelle haben. Dies ist auch tatsächlich der Fall, denn es sind, wie schon erwähnt, 2 Rillenscheiben (5 und 6) auf der Hauptwelle angebracht. Wie die Hauptwelle arbeitet, geht aus Abb. 2 hervor. Die mittlere der in Abb. 1 gezeichneten drei Scheiben (2) ist die Leer Scheibe, auf der also der Riemen läuft, wenn der Selfaktor sich weiter nicht bewegt. Die Leer Scheibe ist in Abb. 2 mit 1 bezeichnet. Wird nun der Riemen auf Scheibe 2 geschoben, so geht die Bewegung durch die Scheibe 2, die in diesem Falle auf der Welle 3 festgekittet ist, durch die Welle 3 auf die kleine Rillenscheibe 4. Wird dagegen der Riemen von Scheibe 1 auf Scheibe 5 verschoben, so geht nun die Bewegung nicht mehr

Spindeln anzutreiben hat. Es wirkt also dann eben die nicht angetriebene Rillenscheibe (entweder 4 oder 7) lediglich als Leitrolle, wodurch dann allerdings auch eine verschiedene Bewegung der Hülse 6 gegen die Welle 3 erfolgt. Man muß deshalb für eine Schmierung der Hohlwelle sorgen. Die Seilführung ist in Abb. 3 eingezeichnet. Nehmen wir an, Scheibe 1 wird dadurch, daß der Riemen auf der Scheibe 2 (Abb. 2) läuft, in der eingezeichneten Pfeilrichtung getrieben. Dann wird Seiltrum 2 in der eingezeichneten Pfeilrichtung gezogen. Dieses Seiltrum legt sich um die Leitrolle 3, wird also bei 4 nach abwärts gezogen. Dann schlingt sich das Seil-

gezeichnet auf die zweite Rille der Scheibe 1 und von dieser als Trum 13 bezeichnet auf die Leitrolle 14. Von dieser auf die zweite Rille von der Scheibe 5. Von hier wird es dann ebenfalls um Leitrolle 6, 7, 10 und 11 und ebenso die Antriebs Scheibe 8 Doppeltrollen haben, da auf ihnen 2 Seiltrums laufen. Die Leitrollen 3 und 14 dagegen sind nur einrillige Scheiben. Die verschiedenen Geschwindigkeiten sind je nach dem im Verhältnis 1:2 bis 1:3 verschieden. Eine Uenderung ist durch ein Auswechseln der Rillenscheibe 4 (Abb. 2) gegen eine größere bzw. kleinere sehr leicht möglich. Außerdem ist auch noch die Rillenscheibe 7 (Abb. 2) auswechselbar. Das auf Abb. 2 noch eingezeichnete Zahnrad 8 mit dem Kupplungsstern 9 dient, wie beim Baumwolldreizylinderselfaktor, als Abschaltkupplung, dient also dazu, die Bindungen, die beim Drehen des Fadens sich auf die nackte Spindel legen, wieder von den Spindeln abzuwinden, damit tatsächlich die Bindungen beim Aufwinden des gedrehten Fadestückes auf die jeweils vorhandene Bobinenspitze kommen. Die außerdem noch auf der Welle 3 (Abb. 2) eingezeichnete

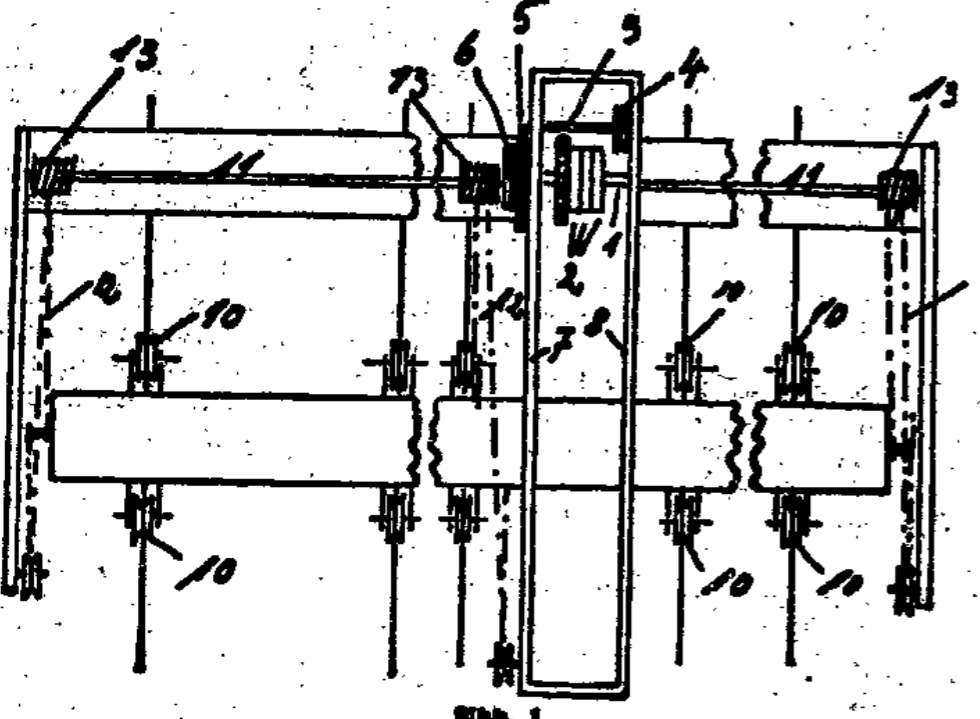


Abb. 1

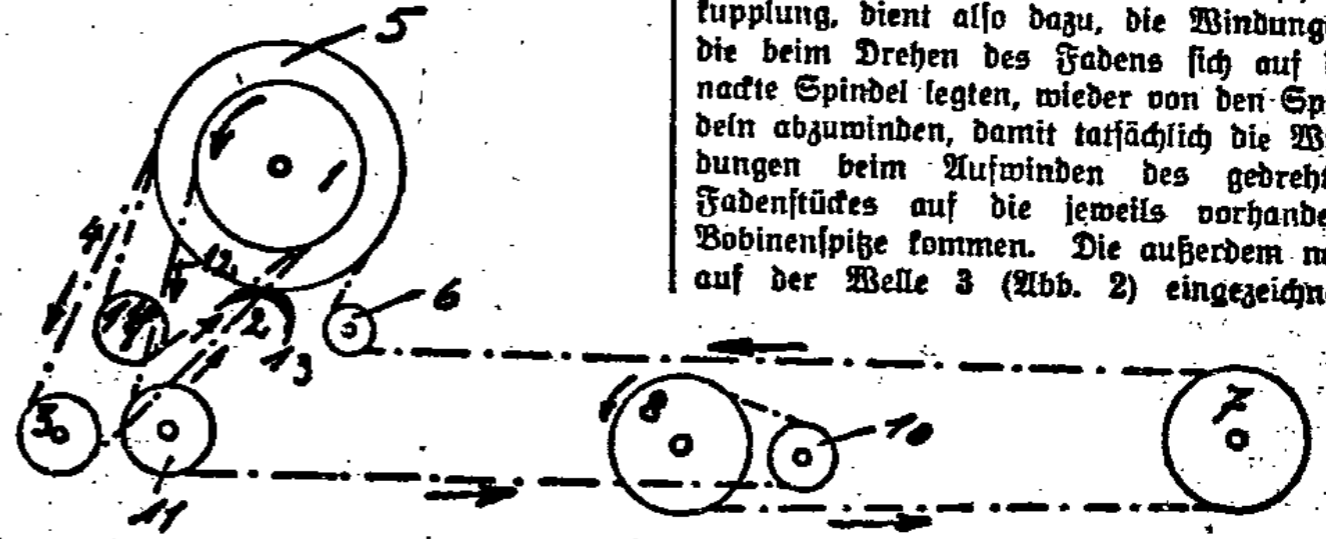


Abb. 3

den Steuerbewegungen, die an und für sich nicht viel Kraft brauchen, die aber gerade da einsetzen, wenn sich die Bewegung der Hauptteile ändern soll bzw. schon geändert hat. Damit müssen wir zwei verschiedene Antriebe haben. Einmal den Antrieb, der die Hauptbewegungen hervorruft und dann den Antrieb, der die Steuerbewegungen einleitet und weitergibt. Der Antrieb, der die Hauptbewegung hervorruft, wird auf die Hauptwelle geleitet, der Antrieb, der die Steuerbewegungen verursacht, wird auf die sogenannte Nebenachse oder Parallelwelle geleitet. Abb. 1 zeigt eine Ansicht eines Streichgarnselfactors, bei der die beiden Wellen deutlich sichtbar sind. Es ist in diesem Bilde die Hauptwelle mit den Scheiben 2 und 3, die Nebenwelle mit der Rillenscheibe 4. Die Hauptwelle trägt außerdem noch die beiden Rillenscheiben 5 und 6. Bei Abb. 1 ist außerdem noch deutlich zu sehen der sogenannte Headstock, das sind die Maschinenteile, die durch die Scheiben 7 und 8 eingeschlossen sind und die eigentlich das Herz des ganzen Selfactors bedeuten. Außerdem ist der Wagen darauf zu sehen, der auf den Rädern 10 ruht, den wir in der letzten Abhandlung durchschnitten angesehen haben. Die Wagenbewegung wird durch die Welle 11 auf die äußeren Enden des Wagens mit dem Seil 12 und den eigenartig geformten Seiltrummeln 13 übertragen, die Welle heißt

direkt auf Welle 3, sondern auf die Hülse 6, die über die Welle 3 lose geschoben ist. Auf dieser Hülse 6 sitzt aber die große Rillenscheibe 7, so daß, wenn der Riemen auf Scheibe 5 läuft, die große Rillenscheibe in Arbeit ist. Beide Scheiben, sowohl 4 als 7, wirken auf ein gleiches Seil, nämlich auf das Seil, das die

trum um die große Scheibe 5 herum, geht über Leitrolle 6 und über die Leitrolle 7, kommt dann unterhalb auf die Rillenscheibe 8, immer in der eingezeichneten Richtung, und treibt diese Rillenscheibe 8, die auf der Spindeltrummel des Wagens 9 sitzt, an. Von hier geht dann das Seil um die Leitrolle 10 auf die Leitrolle 11, von dieser als Trum 12 be-

Schnecke 10 wird zum Antrieb des sogenannten Drahtzählers verwendet, einer Vorrichtung, die dazu dient, den Nachdraht, der bei der Zweizylinder-Spinnerei fast stets gegeben werden muß, so zu begrenzen, daß jedes ausgepinnene Fadestück gleich viel Drehungen erhält. Auf diesen Drahtzähler kommen wir noch zurück. Das noch eingezeichnete kleine Zahnrad 11 dient zum Antrieb des Lieferwerkes und auch des Wagens. Der Wagen muß allerdings noch eine weitere Antriebsmöglichkeit erhalten, weil ja Lieferwerk und Wagen nicht gleichzeitig die Bewegung einstellen, denn sonst wäre ja kein Wagenverzug möglich. Das Lieferwerk wird deshalb etwas früher als der Wagen zum Stillstand kommen. Auch darauf werden wir noch zurückkommen. Damit sind wir mit der Ausrüstung der Hauptwelle fertig und wenden uns nun zu der Nebenachse. Die Nebenachse dient, wie schon erwähnt, in erster Linie zur Betätigung der Steuerorgane. Deshalb ist auch die Nebenachse ganz für sich angetrieben. Die Nebenachse trägt, wie in Abb. 1 ersichtlich ist, eine Rillenscheibe. Ebenfalls eine Rillenscheibe sitzt auch auf der Transmission, die den Selfaktor antreibt, so daß also eine ganz unabhängige Bewegung vorhanden ist. Als Hauptzweck dieser Nebenachse ist der Antrieb der Steuerwelle zu nennen. Die Steuerwelle ist am Headstock am hinteren Teil desselben angeordnet und wirkt durch Exzenter, die Hebel verschoben, auf die Schaltorgane des Selfactors. Wir haben ähnliche Maschinenteile schon bei der Streckwerkspinnerei kennengelernt, so daß wir uns verhältnismäßig kurz fassen können. Wie beim Dreizylinderselfaktor, so wird auch beim Streichgarnselfaktor die Steuerung dadurch eingeleitet, daß ein Anschlag, an den der Wagen bei seiner Ausfahrt stößt, die Steuerwelle freigibt, so daß sie eine halbe Umdrehung machen kann. Durch diese halbe Umdrehung, die die Steuerwelle macht, werden dann die verschiedenen Schaltbewegungen eingeleitet. Hat der Wagen dadurch dann seine Bewegungswiese geändert bzw. ist er also wieder in die andere Endstellung zurückbewegt worden, so stößt er an einen zweiten Anschlag, der wiederum die Steuerwelle veranlaßt, um eine halbe Umdrehung weiter zu gehen, was die Steuerorgane in die vor dem ersten Anschlag vorhandene Stellung zurückbringt. Durch die Steuerwelle werden beeinflusst: die Spindel-drehung, die Einrückung und Ausrückung des Wageneinzugs und der Drahtzähler, n. z. aber die Lieferung des Streckwerks, d. h. da sie ja beliebig geändert werden muß, von besonderen Steuerorganen beeinflusst wird. — In der nächsten Abhandlung wollen wir uns dann mit einigen besonderen Steuerorganen noch beschäftigen.

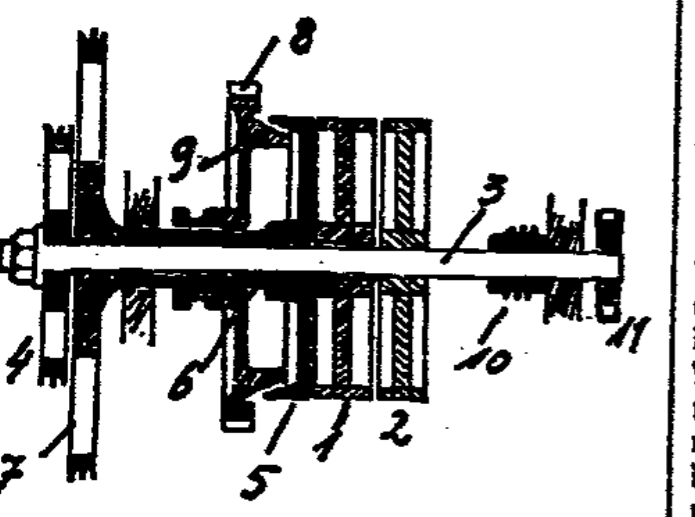


Abb. 2

deshalb Wagenwelle. Der Wagen könnte ja an und für sich nur in der Mitte angefaßt werden, etwa durch die in der Mitte eingezeichnete Schnecke 13. Aber dann würden an dem Wagen sehr starke Veränderungen auftreten, die zu einem ganz unruhigen Lauf und vor allem auch zu einem großen Verschleiß führen würden. Deshalb ist die Wagenwelle 11 angeordnet, damit der Wagen gleichzeitig an den beiden äußersten Enden und in der Mitte bewegt wird. Die Hauptwelle, die als 1 bezeichnet ist, hat nun vor allem für die Spindelbewegung zu sorgen. Wie wir schon in der letzten Ab-

## Neuer Stapelprüfapparat und Baumwollsortierer

(Nachdruck verboten.)  
 ATK. Das Prüfen des Stapels ist bei der Sortierung und Klassifizierung von Textilien nicht nur eine sehr wichtige, sondern auch eine heikle Arbeit, die größte Genauigkeit und Sorgfalt erfordert. Der Johannische Stapelprüfapparat ist neuerdings umgestaltet worden. Man hat die Vorteile der Walzenapparate benutzt und sie mit denen vereint, die sich aus dem nach Prinzip des Nadel-feldes hergestellten Apparate ergeben haben. Die neue Vorrichtung gibt die Möglichkeit, in einfacher Weise das zu untersuchende Material in genau abgegrenzten Gruppen der Länge nach zu unterteilen, um beispielsweise die Häufigkeit der Fasern in den einzelnen Längenzonen feststellen zu können. In erster Linie wird dies vorgenommen unter Verwendung von zwei aus mit Nadeln besetzten Bügeln bestehenden Nadelfeldern. Diese sind derart verstellbar angeordnet, daß beide Felder mit den Nadeln nach oben zeigen, gestaffelt hintereinander liegen und daß die Nadeln beim Verstellen des oberen Feldes um 180 Grad über den Lücken der Nadeln des unteren Feldes zu stehen kommen. Beide Felder sind parallel zur Nadelrichtung gegenüber verstellbar eingerichtet. Sie können daher vereinigt werden, indem die einzelnen Nadelreihen des einen Feldes in die Nadelreihenlücken des anderen treten. Dadurch wird im vereinigten Nadelfeld der Abstand der Nadelkämme auf die Hälfte reduziert, wodurch die Abgrenzung der Faserbarte eine wesentliche Verschärfung erfährt, da jede Nadelreihe die Grenze einer anderen Fasergruppe bildet.

Hierbei stützen sich die Bügel des unteren Feldes auf eine mit Gradeinteilung versehene Stange, die in Richtung ihrer Achse verschiebbar angeordnet ist. Beim Zurückziehen dieser Stange klappen die nicht mehr unterstützten Bügel nach unten, und eine am Gestell fest angeordnete Marke auf der Stange gibt die jeweilige Stapellänge an. Die Vorrichtung läßt sich zwecks Bestimmung der Güte von Baumwollfasern verwenden, wobei eine bestimmte Gewichtsmenge des Fasergutes der Faserlänge nach in Gruppen unterteilt wird und die einzelnen Gruppen dann gewogen werden, so daß die Gewichtsprocente der einzelnen Gruppen als Vergleichswerte dienen.

Der Baumwollsortierer von Falls besitzt eine Einrichtung zur Vorbereitung der Lunte und zum Trennen der Fasern, welche die Lunte bilden. Dieses Trennen erfolgt nach verschiedenen Längen der Fasern. Die Vorrichtung besitzt einen Schlitzen, der in der Richtung eines Blüschstreifens entlanggeführt wird. Der Schlitzen wird auf Rädern und Lieferrollen geführt. Letztere strecken die Lunte vom Vorratskasten bis zum Blüsch, der zu diesem Zwecke vorher festgesteckt wird. Die Lunte wird in den Vorratskasten des Apparates gegeben und das eine Ende durch die Rollen hindurchgezogen. Der Sortierer wird gegen den Strich des Blüsches entlanggeführt. Die mit dem Blüsch in Berührung kommenden Fasern werden herausgezogen und längs des Blüsches abgelegt. Dies geschieht, sobald die Fasern von den Lieferrollen freigegeben werden.

Der Apparat arbeitet nun derart, daß die kürzesten Fasern zuerst und die längeren nach und nach in Abständen (die längsten zuletzt) freigegeben werden. Alsdann wird der Apparat angehoben, an das Ende des Blüschstreifens zurückgeführt und der Speisehebel zurückgezogen. Der Apparat wird geöffnet und dabei eine bestimmte Länge Lunte hervorgebracht. Längs der Bahn wird der Vorgang wiederholt, bis genügend Fasern auf der Bahn abgelagert worden sind. Die Ablagerungen auf dem Blüschstreifen ergeben wichtige Versuchsproben, und die Fasern, die am dichtesten liegen, ergeben die Faserlänge, die am meisten im Material vorhanden ist. Man bedient sich eines Streifens mit Maßenteilung, so daß man die Grenzpunkte feststellen kann.

Der Apparat ist besonders beim Vergleich mehrerer Proben sehr wertvoll, indem man die beiden oder mehrere Blüschstreifen mit den abgelagerten Fasern nebeneinander legt. Man kann leicht feststellen, welche Probe mehr kürzere und welche mehr längere Fasern enthält. Es ist zweckmäßig, die Streifen in bestimmte Längen zu unterteilen, und dann die auf diesen Abteilungen befindlichen Fasern zu wiegen. Man kann sich dann sehr leicht die entsprechenden Diagramme herstellen. R. Glö. (6).

